

Widerstand gegen das europäische Grenzregime



Jahresbericht 2020

borderline-europe - Menschenrechte ohne Grenzen e.V.



Inhalt

Vorwort	5
Über uns: borderline-europe	8
Selbstverständnis	8
Das sind wir	9
Unsere Arbeit: Das Jahr 2020	10
Kampf gegen Kriminalisierung	10
Italien und das zentrale Mittelmeer	16
Externalisierung der EU-Außengrenzen	24
Lesbos und die Ägäis	30
Menschenrechtstribunal zu den Rechten von Geflüchteten und Migrant*innen	36
Spenden und Mitmachen	38
Liste unserer Partner*innen und Netzwerke	40
Impressum und Kontakt	42

Vorwort

Gut fünf Jahre nach dem „langen Sommer der Migration“ schottet sich Europa gegen einen Teil der weltweiten Mobilitäten radikal und zum Teil äußerst brutal ab. Systematische, schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen sind an der Tagesordnung. Die Grenze zeigt sich in verschärfter Weise nicht nur als Neuziehung des postkolonialen Europas, sondern ganz grundlegend als Grenze der Demokratie. Im Kielwasser der Corona-Pandemie wurden bestehende Gewaltverhältnisse 2020 besonders sichtbar und in vielerlei Hinsicht noch verstärkt.

Keineswegs galt die von Regierungsseite ausgiebig beschworene „Solidarität“ in der Pandemie für alle gleichermaßen. Weiterhin wurde radikal unterschieden zwischen jenen, die staatliche Hilfe und Solidarität verdienen, und jenen, die es nicht tun. Die Politik der Abschottung, Abschreckung und Abschiebung ließ auch während der Corona-Krise nicht nach, im Gegenteil. Vielfach wurden Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung von Regierungen für weitere Ausgrenzung instrumentalisiert und damit gerechtfertigt.

Europäische Behörden verweigerten weiterhin unter dem sehenden Auge der Öffentlichkeit Rettungen und koordinierten illegale pull- und push-backs nach Libyen. Unter dem Deckmantel des „Schutzes der öffentlichen Gesundheit“ schlossen Italien und Malta Anfang des Jahres ihre Häfen; die deutsche Regierung forderte ihrerseits in einer offiziellen Mitteilung zivile Seenotretungsorganisationen dazu auf, ihre Such- und Rettungsaktionen für die Zeit der Pandemie einzustellen. Nach offiziellen Zahlen kamen 2020 mindestens 1166 Menschen im zentralen Mittelmeer ums Leben, weitere 200 vor den Kanarischen Inseln¹. Während 2020 in Europa ungeahnte Ressourcen für den Erhalt der Gesundheit und des Lebens einer bestimmten Bevölkerungsgruppe mobilisiert wurden, wird dem Sterben entlang Europas Grenzen nicht nur zugesehen, sondern ist das Sterben-lassen, ist Tod und todbringende Gewalt längst Teil einer akzeptierten und legitimen „Grenzsicherungs“-Praxis.

1 <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/mittelmeer/>



Griechenland erklärte im März 2020 kurzerhand, ein Grund- und Menschenrecht - das Recht auf Asyl - auszusetzen; die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen stellte sich hinter den Mitgliedsstaat und schickte Frontex-Truppen, die mithalfen, mit Tränengas und scharfer Munition auf Schutzlose Menschen zu feuern. In der Ägäis setzt die griechische Küstenwache Menschen in Schwimmiseln auf dem Meer aus und überlässt sie sich selbst; Frontex schaut dabei zu oder ist gar selbst involviert. Auf Lesbos ist Moria, das größte Flüchtlingslager Europas, nach 200 kleineren Bränden seit seinem Bestehen im September 2020 gänzlich abgebrannt. Zu diesem Zeitpunkt lebten in dem ursprünglich für 3.000 gebauten Lager ca. 13.000 Menschen. Anstatt die Menschen von der Insel zu evakuieren, wurde binnen kürzester Zeit ein neues Lager errichtet, in welchem nun ca. 7.200 Menschen unter noch schlimmeren Bedingungen untergebracht sind.

Nicht nur auf Lesbos haben Quarantäneregeln und Ausgangsbeschränkungen die Zustände in den ohnehin unwürdigen Unterkünften und Lagern weiter verschärft. In Italien stellt die Unterbringung von Ankommenden in Quarantäneschiffen ein Novum dar, bei dem die Rechte der Menschen gegenüber der proklamierten Notwendigkeit, die Ausbreitung des Virus zu verhindern, in den Hintergrund gerückt sind. Auf der Balkanroute wurden auch in Zeiten „globaler Solidarität“ Menschen von Grenzbeamt*innen misshandelt, gefoltert und illegal zurückgeschoben. Das Durchkommen ist durch die Pandemie und die damit verbundenen Beschränkungen weiter erschwert; tausende Menschen sitzen in Ländern wie Serbien oder Bosnien und Herzegowina fest und müssen derzeit bei Schnee und eisigen Temperaturen zum großen Teil ohne Unterkunft und feste Kleidung ausharren.

Gleichzeitig werden Menschen und Organisationen, die nicht weg- sondern hinschauen, die die Praktiken und Auswirkungen europäischer „Grenzpolitik“ dokumentieren und öffentlich machen, die sich auch und gerade in Zeiten einer Pandemie solidarisch an die Seite Schutzsuchender stellen, kriminalisiert. So wurden 2020 in einem bislang ungekannten Ausmaß Rettungsschiffe und Flugzeuge zum Teil über Monate an die Kette gelegt und NGOs und Schutzsuchende selbst der „Beihilfe zur illegalen Einreise“,

Spionage o.Ä. beschuldigt und außer Gefecht gesetzt. In Griechenland ermitteln die Behörden gegen mehrere Mitarbeiter*innen genau derjenigen NGOs, die schon seit langem Vorwürfe gegen die griechische Küstenwache und Frontex wegen der nun auch in den Mainstream-Medien angekommenen illegalen Push-Backs erheben.

Doch weder lassen wir uns einschüchtern, noch lassen sich Menschen davon abhalten, zu migrieren. Menschen machen sich weiterhin auf den Weg und wir müssen mit allen Mitteln versuchen, sie dabei zu unterstützen. Mehr Repression stößt auf mehr Widerstand. Denn unser Solidaritätsbegriff ist seit jeher ein anderer. Unsere Solidarität verläuft nicht an künstlich gezogenen Grenzen von Nationalität, Geschlecht oder Religion. Auch und gerade im Jahr 2020 lebten und kämpften wir gemeinsam mit vielen anderen Menschen, Organisationen, Initiativen und Netzwerken und dank eurer Unterstützung für einen Solidaritätsbegriff von unten.

Uns beschäftigte dabei besonders die zunehmende Kriminalisierung von Schutzsuchenden und denjenigen, die sie unterstützen, die katastrophalen Zustände auf den Hotspot-Inseln in der Ägäis, die zunehmende Externalisierung der EU-Außengrenzen in die Balkanstaaten und Nordafrika und die Situation im zentralen Mittelmeer und im Ankunftsland Italien.

Wenngleich auch unsere Arbeit durch die Pandemie und den damit einhergehenden Maßnahmen vor neue Herausforderungen gestellt wurde, haben wir auch 2020 die europäische Politik der Ausbeutung und Ausgrenzung nicht ohne Widerstand hingenommen und unser Bestes gegeben, sie zu unterlaufen und zu bekämpfen. Wie das konkret aussah, ist in diesem Jahresrückblick nachzulesen.

Julia Winkler, borderline-europe
Berlin, den 15. Februar 2021

**Let's make solidarity
a threat again.**

Über uns: borderline-europe

SELBSTVERSTÄNDNIS

borderline-europe tritt ein für das Recht auf Bewegungsfreiheit für alle Menschen.

Während europäische Staatsbürger*innen beinahe grenzenlose Bewegungsfreiheit genießen, wird die Freizügigkeit von Menschen aus dem Globalen Süden vehement infrage gestellt.

Neben Krieg und Verfolgung sind es jedoch vor allem die über Jahrhunderte gewachsenen ungerechten Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, die Menschen dazu veranlassen, ihr Herkunftsland zu verlassen. Geopolitische und ökonomische Verhältnisse, zu deren Hauptprofiteur*innen die EU und ihre Bürger*innen zählen. Doch die Europäische Union verwehrt diesen Menschen nicht nur legale und damit sichere Einreisewege, sondern setzt darüber hinaus alles daran, deren Einreise und Aufenthalt zu verhindern. Die Mobilität von Menschen aus dem Globalen Süden wird als Sicherheitsproblem und Bedrohung dargestellt, die kontrolliert und eingedämmt werden muss. Dabei werden Menschenrechtsverletzungen nicht nur „gebilligt“ oder -verpflichtungen heimlich umgangen; europäische Behörden und Mitgliedsstaaten verletzen jene ausdrücklich, systematisch und öffentlich.

Alle Menschen haben das Recht auf ein menschenwürdiges Leben. Es ist nicht verhandelbar. Dazu gehört die freie Wahl des Wohnorts und der Zugang zu politischen und sozialen Rechten.

Wir verstehen unsere Arbeit als zivilen Widerstand gegen die gegenwärtige europäische Migrations- und Grenzpolitik und damit zwingend auch als feministisch, anti-rassistisch und anti-kapitalistisch.

WER WIR SIND UND WAS WIR TUN

Ihren Anfang nahm unsere Arbeit, als 2004 das Schiff *Cap Anamur* 37 Menschen aus Seenot rettete und infolgedessen der Kapitän und der Einsatzleiter wegen „Beihilfe zur illegalen Einwanderung“ in Italien vor Gericht gestellt wurden. Während des fünfjährigen Prozesses wurde borderline-europe von den zwei Angeklagten und weiteren Aktivist*innen ins Leben gerufen.

Seit 2007 ist borderline-europe ein eingetragener **Verein mit Sitz in Berlin** und Nebenstellen in **Lübeck, Palermo und Mytilini**. Wir arbeiten größtenteils ehrenamtlich und projektfinanziert. Das Berliner Büro wird inzwischen durch vier, Palermo und unser Schwesterverein „borderline-lesvos“ mit jeweils einer bezahlten Stelle unterstützt. In Lübeck ist insbesondere unser Gründungsmitglied Kapitän Stefan Schmidt neben seiner Tätigkeit als Flüchtlingsbeauftragter des Landes Schleswig-Holstein in unserem Namen aktiv. Ehrenamtliche Praktikant*innen und zahlreiche Aktivist*innen leisten einen wesentlichen und unverzichtbaren Beitrag.

Seitdem recherchiert, dokumentiert und informiert ein stetig wachsendes, **europaweites Netzwerk** von Menschen über die Vorgänge an den europäischen Außengrenzen und leistet transnationale Vernetzungsarbeit. Wir erstellen Berichte, Analysen und Infomaterial und organisieren öffentliche Veranstaltungen, Aktionen und Kampagnen. Gemeinsam möchten wir so für ein aktives und kritisches politisches Bewusstsein sorgen, welches den Konsequenzen einer rassistischen und tödlichen Grenzpolitik entgegenwirkt und diese aktiv sabotiert.

Darüberhinaus leisten wir konkrete Unterstützungsarbeit und Einzelfallhilfe für diejenigen, die am unmittelbarsten von der europäischen Abschottungspolitik betroffen sind.

Das Jahr 2020

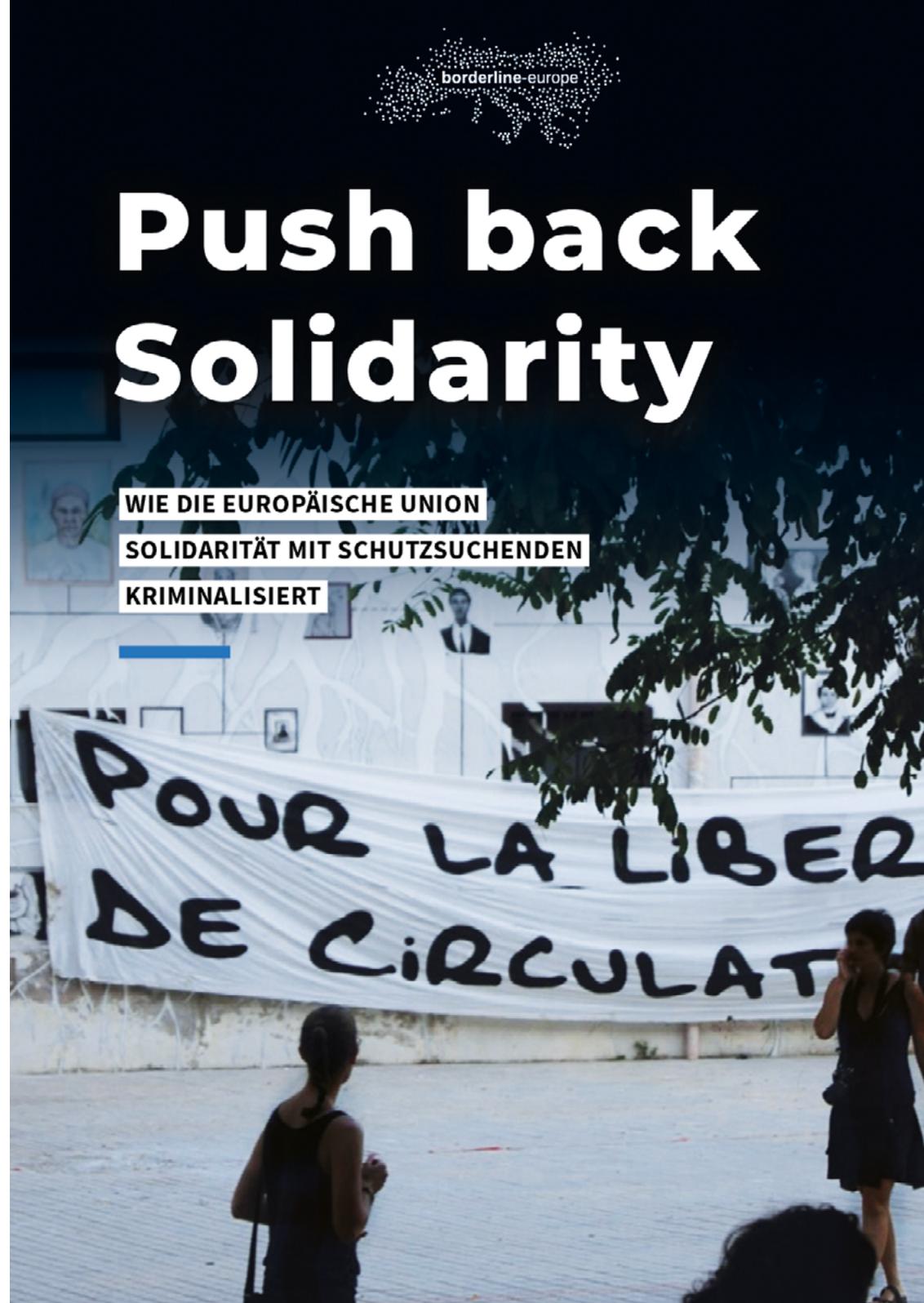
KAMPF GEGEN KRIMINALISIERUNG

In einem Vorgang von „bislang ungekanntem Ausmaß“, so der UN-Sonderberichterstatter zur Lage von Menschenrechtsverteidiger*innen², wird in der Europäischen Union systematisch Straf-, Zivil- oder Verwaltungsrecht eingesetzt, um Solidarität mit Migrant*innen zu unterbinden. Sei es auf dem Mittelmeer, in Calais, auf Lesbos, an der kroatisch-serbischen Grenze, im französischen Roya-Tal, an isländischen Flughäfen oder in deutschen Kirchen: Individuen und Organisationen, die sich für die Rechte und Würde von Menschen unabhängig ihres Aufenthaltsstatus einsetzen, die dort einspringen, wo staatliche Behörden ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen nicht nachkommen oder ihnen bewusst zuwiderhandeln, werden von ebendiesen systematisch diffamiert, schikaniert und strafrechtlich verfolgt. Seit 2015 ist die Anzahl der Fälle drastisch angestiegen. So wurden allein zwischen 2015 und 2019 250 Fälle in 14 verschiedenen europäischen Ländern dokumentiert, in denen es zu strafrechtlichen Ermittlungen kam. Der Vorwurf lautet dabei zumeist: „Beihilfe zur illegalen Einreise oder Aufenthalt“.

Wir arbeiten transnational mit Betroffenen zusammen und unterstützen diese bei der Vernetzung, Prozessvorbereitung, Fundraising für Rechtshilfekosten und durch Kampagnenarbeit. Im Jahr 2020 arbeiteten wir diesbezüglich etwa mit den [iuventa 10](#), dem französischen Universitätsprofessor [Pierre-Alain Mannoni](#) oder den auf Lesbos angeklagten Aktivist*innen [Sara Mardini](#) und [Sean Binder](#) zusammen.

>>>

² <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G18/008/51/PDF/G1800851.pdf?OpenElement>



Push back Solidarity

WIE DIE EUROPÄISCHE UNION

SOLIDARITÄT MIT SCHUTZSUCHENDEN

KRIMINALISIERT

>>> Diese Kriminalisierung trifft Migrierende einerseits indirekt durch das Wegbrechen von Unterstützungsstrukturen, andererseits aber auch ganz direkt: Sie sind die Mehrheit derer, die wegen angeblicher „Beihilfe zur illegalen Einreise“ in der EU kriminalisiert werden. Beinahe täglich werden an den europäischen Außengrenzen Menschen willkürlich verhaftet und landen infolgedessen oft jahrelang im Gefängnis. Sie haben z.B. das Boot, in dem sie gemeinsam mit anderen Menschen saßen, gesteuert, sie haben mit der Küstenwache kommuniziert, um Hilfe zu rufen, oder sie sprechen einfach nur Englisch. Für europäische Grenzbehörden sind sie damit keine Schutzsuchenden, sondern Schlepper*innen. Unter dem Vorwand der „Schlepperbekämpfung“ werden so pro ankommendem oder gerettetem Boot ein bis zwei Menschen festgenommen. Allein in Griechenland sitzen aus diesem Grund derzeit fast 2.000 Menschen im Gefängnis. Sie machen die zweitgrößte Gruppe aller Inhaftierten aus. Die durchschnittliche Haftstrafe dort beträgt 44 Jahre.

Die Schicksale dieser Menschen sind jedoch kaum bekannt. Die meisten von ihnen werden unmittelbar nach ihrer Ankunft verhaftet und weggesperrt, ohne dass ihre Namen bekannt sind und ohne Zugang zu Unterstützung von außen.

So haben wir im Jahr 2020 unserer Energie insbesondere darauf aufgewendet, solche Fälle ausfindig zu machen, um den betroffenen Menschen Rechtsbeistand und weitere Unterstützung zu organisieren, z.B. in Form von Solidaritätskampagnen und Prozessbegleitung.

So etwa geschehen im Fall von **Hamza und Mohamed**, zwei jungen Geflüchteten aus Marokko, die nach ihrer eigenen Flucht und Ankunft in Griechenland wegen angeblicher organisierter Schleusertätigkeit verhaftet wurden. Wir sorgten für **Rechtsbeistand** für die beiden, und organisierten eine **>> Solidaritätskampagne**, um auf ihren Fall aufmerksam zu machen und den öffentlichen Druck auf die griechischen Behörden zu erhöhen.

Zu den Verhandlungen waren wir selbst vor Ort und sagten u.a. auch als Zeug*innen aus. Die beiden wurden im September 2020 auf Bewährung entlassen. Ausführlichere Infos zum Fall findet ihr auf unserer Website.

Im Jahr 2020 arbeiteten wir vor allem zu Fällen in Griechenland. Wir hoffen gemeinsam mit unserem Kooperationspartner „Porco Rosso“ in Palermo, Sizilien, zukünftig auch in Italien die als sogenannte „scafisti“ verhafteten Geflüchteten zu erreichen und zu unterstützen.

Seit Herbst 2019 wird unser Kampf gegen die Kriminalisierung von Schutzsuchenden von **Carola Rackete und Anne Weiss** unterstützt, welche die gesamten Einnahmen ihres Buches „Handeln statt Hoffen“ zu diesem Zwecke an uns spenden.

Neben der konkreten Einzelfallhilfe kämpfen wir auf politischer Ebene für das Ende der Kriminalisierung und der willkürlichen Anwendung von Anti-Schmuggel-Gesetzen: Wir erarbeiten Berichte, Analysen und Infomaterial, machen Öffentlichkeitsarbeit und organisieren Veranstaltungen und Kampagnen.

>>>



Gerichtsprozess
gegen Hamza
und Mohamed
in Griechenland,
Februar 2020

>>> In unserer im Oktober 2020 erschienenen [Broschüre: „Push back Solidarity - Wie die Europäische Union Solidarität mit Schutzsuchenden kriminalisiert“*](#), die vom Solidaritätsfonds der Hans-Böckler-Stiftung mitfinanziert wurde, geben wir einen umfangreichen Ein- und Überblick über die Hintergründe, Formen und Auswirkungen der zunehmenden Kriminalisierung von Solidarität innerhalb der Europäischen Union. Wir entwickelten außerdem die [Videoreihe: #DefendSolidarity](#), in der verschiedene Fälle von Kriminalisierung in Form von Interviews mit Betroffenen wie *Saraardini*, *Seán Binder*, *Anouk van Gestel* oder *Kathrin Schmidt* vorgestellt werden.

In Kooperation mit *Deportation Monitoring Aegean* und *Aegean Migrant Solidarity* ist der umfangreiche [Report: „Stigmatisiert, inhaftiert, kriminalisiert - Der Kampf gegen vermeintliche 'Schleuser' auf den griechischen Hotspot-Inseln“*](#) entstanden, der auf Deutsch und Englisch im Dezember 2020 veröffentlicht wurde und die Kriminalisierung von Schutzsuchenden thematisiert. Er dokumentiert und analysiert die Fälle von 48 Menschen von ihrer Festnahme bis in den Gerichtssaal.



Die Crew der Louise Michel unterstützt die Kampagne für Hamza und Mohamed, September 2020

* Beide Veröffentlichungen sind sowohl als pdf auf unserer Website als auch gedruckt bei uns erhältlich.

ITALIEN UND DAS ZENTRALE MITTELMEER

Die südliche Außengrenze Europas bleibt weiterhin eine der zentralen Schauplätze des europäischen Grenzregimes. So kamen nach Zahlen der UN-Flüchtlingshilfsorganisation (UNHCR) auch im Jahr 2020 nach Spanien (40.326) die meisten Menschen in Italien (34.154; 2019: 11.471) über das Mittelmeer an³. 735 (2019: 750) sind offiziell auf dem Weg nach Italien ums Leben gekommen oder als vermisst gemeldet. Wie viele Menschen wirklich auf See starben ist nicht zu sagen. Unter den Toten, die den Weg nach Europa wagten, sind auch immer wieder Jugendliche und Kinder. Im Dezember 2020 wurden vier kleine Kinder an der Küste Libyens angespült. Sie waren im Alter zwischen fünf und zehn Jahren und kamen wahrscheinlich bei einem **Bootsunglück mit 30 Menschen** vor der Küste Tunesiens ums Leben, als sie versuchten, Italien zu erreichen.

Diese Verluste von Menschenleben sind direkt auf die europäische Asyl- und Grenzpolitik zurückzuführen, die das Sterben im Mittelmeer durch das Verwehren legaler Einreisewege befördert, Rettung verweigert und die zivile Seenotrettung kriminalisiert. Das Jahr 2020 war gekennzeichnet von einem bisher ungekannten Ausmaß an Festsetzungen ziviler Rettungsschiffe durch italienische Behörden, sodass diverse Schiffe und auch Flugzeuge teils über Monate an der Kette lagen. Zudem wurden die Finanzierung, Kooperation und Legitimierung der sogenannten libyschen Küstenwache vonseiten europäischer Behörden weiter ausgebaut und intensiviert. Diese führt zu massenhaften Rückführungen von Schutzsuchenden nach Libyen per „Fernsteuerung“ durch Flugzeuge europäischer Behörden. Im Jahr 2020 waren laut UNHCR 11.265 Menschen davon betroffen⁴.

Gemeinsam mit Alarm Phone, Sea-Watch und Mediterranea haben wir im Juni 2020 den **>> Bericht "Remote control: the EU-Libya collaboration in mass interceptions of migrants in the Central Mediterranean"** veröffentlicht, der die Unterstützung der sogenannten libyschen Küstenwache durch EU-Akteur*innen im zentralen Mittelmeer anhand von drei spezifischen Fallbeispielen rekonstruiert, dokumentiert und rechtlich einordnet. Zur Veröffentlichung

³ <https://data2.unhcr.org/en/situations/mediterranean/location/5205>

⁴ <https://data2.unhcr.org/en/documents/details/84024>

des Berichts organisierten wir im Juni eine **>> Online-Diskussionsveranstaltung** im „United We Talk“-Format auf AlexTV. Auf der Grundlage ihrer Beobachtungen aus erster Hand diskutierten Aktivist*innen von Alarm Phone, Mediterranea und Sea-Watch gemeinsam mit uns und Matthias Monroy, Experte für neue Überwachungstechnologien, darüber, wie die operative Zusammenarbeit zwischen der EU und Libyen funktioniert und wie sie zu massenhaften Rückführungen fliehender Menschen beiträgt. Unsere Gastredner*innen, Sally Hayden (Journalistin) und Yasha Macca-nico (Statewatch), gingen auf die jüngsten Entwicklungen in den libyschen Lagern ein und wiesen auf die Rechenschaftspflicht der europäischen Akteur*innen hin. Der Bericht sowie Videos der dokumentierten Fälle sind auf einer eigens eingerichteten Website zugänglich: eu-libya.info

Mit unserem **Büro in Palermo, Sizilien**, das in der Regel aus einer festangestellten Person und eine*r Praktikant*in besteht und außerdem eng mit unserem Schwesterverein **Borderline Sicilia** zusammenarbeitet, sind wir direkt vor Ort tätig.

Im **>> Newsletter "Streiflicht Italien"** berichten wir alle zwei Monate von den wichtigsten Ereignissen rund um zivile Seenotrettung, die Situation von Migrant*innen und politische Entwicklungen in Italien. Im Jahr 2020 haben uns etwa die Änderungen in den vom ehemaligen Innenminister Matteo Salvini (Lega) eingeführten Sicherheitsdekrete besonders beschäftigt. Diese haben direkte Auswirkung auf die Aufnahmebedingungen und Lebensumstände von Geflüchteten. Weiterhin haben wir die Lage an den italienischen Festlandgrenzen zu Slowenien und Frankreich beobachtet, wobei zunehmend Rückweisungen von Asylsuchenden an der italienisch-slowenischen Grenze, aber auch an der Grenze zu Frankreich stattfanden. Hier kam es auch zu illegalen Rückschiebungen von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten. Des Weiteren waren auch die Abkommen Italiens mit Tunesien und politische Entwicklungen in den Mittelmeer-raum-Ländern Libyen und Malta immer wieder Thema.

>>>

Launch des EU-Libyen-Berichts bei "United We Talk", Juni 2020



>>> In unserem neu eingeführten **>> Corona Update** informieren wir in zweiwöchentlichen Abständen kritisch über die Auswirkungen der Pandemie auf Geflüchtete und Migrant*innen. Diese wurden in Italien politisch zu den Sündenböcken der Pandemie erklärt. Die Gesundheitskrise wurde und wird weiterhin instrumentalisiert, um ideologische Ziele durchzusetzen und Angst unter der Bevölkerung zu schüren.

Ein zentrales Thema war hier die Unterbringung der Menschen während der Quarantänezeit, wobei sich zeigte, dass das oberste Ziel nicht etwa das leibliche oder psychische Wohlergehen der Migrant*innen war, sondern die gezielte Ausgrenzung und Abschottung vom Rest der Gesellschaft. Oft waren in den Einrichtungen nicht einmal die mindesten hygienischen Maßstäbe erfüllt (siehe **>> Caltanissetta-Bericht** Borderline Sicilia). Stattdessen wurden ihnen unmenschliche und unwürdige Quarantänebedingungen auferlegt, wie ein Beispiel aus Udine im September letzten Jahres verdeutlicht: Dort musste eine Gruppe ihre **vierzehntägige Quarantäne in einem Reisebus abhalten**. Die „Covid-Zentren“, in denen die Quarantäne verbracht werden sollte, stellten eine neue Art von Zentren dar. Hier werden Geflüchtete eingesperrt, ohne dass jemand von außen auch nur daran denken sollte, sich zu nähern. Außerdem berichteten wir, wie die Pandemie landesweit für Unruhen und Ausschreitungen in Aufnahmeeinrichtungen sorgte, wo Personen auf engen Räumen teilweise monatelang in Quarantäne leben mussten. Immer wieder kam es zu Protesten und Auseinandersetzungen mit den lokalen Autoritäten, in einigen Fällen endeten diese tödlich. So bei **Anwar, einem jungen Mann aus Eritrea**, der bei dem verzweifelten Versuch, aus einem Zentrum bei Agrigento auszubrechen, von einem LKW erfasst wurde und verstarb.

Es ist offensichtlich, wie der Gesundheitsaspekt die bereits versuchten, aber immer von der Zivilgesellschaft abgelehnten Lösungen für die Ausgrenzung und des Wegschließens praktikabel gemacht hat: schwimmende Hotspots oder Haftanstalten, für die eine vorherige Bewertung der Sinnhaftigkeit und auch der Legalität nicht notwendig war.

Dies wurde besonders eklatant am Einsatz von **Quarantäneschiffen** deutlich. Seit April 2020 setzt die italienische Regierung diese Schiffe ein, auf denen Migrant*innen – und nur diese – die Quarantäne absolvieren sollen.



**Demo in Palermo im Prozess gegen Salvini im Fall der Gregoretti
Oktober 2020, Foto: Forum Antirazzista**

>>> Auf diese gemieteten Fähren werden sowohl negativ wie positiv Getestete gebracht.

Der 15-jährige Abou Dakite ist eines der Opfer dieser gegenwärtigen Politik, welche die Covid-19 Pandemie als zusätzlichen Anlass nimmt, um die Rechte von Geflüchteten und Migrant*innen zu schwächen. Der ivorische Junge war mit 77 anderen Personen auf seiner Flucht in Seenot geraten und vom NGO-Schiff Open Arms gerettet worden. Nach zehn Tagen Warten an Bord wurden die Geretteten auf eines der Quarantäneschiffe im Hafen Palermos gebracht, wo sie mit insgesamt 600 Personen weitere zwei Wochen lang eingesperrt wurden. Für das gesamte Schiff gab es lediglich einen zuständigen Arzt. Abou Dakite litt zehn Tage lang, bevor er von Bord in ein Krankenhaus gebracht wurde. Allerdings war es für den Jungen zu spät und er verstarb am folgenden Tag. Erst nachdem der Fall bekannt wurde, stellte sich heraus, dass sich neben ihm etliche weitere Minderjährige auf den Quarantäneschiffen befanden, wo es u.a. keine für sie abgetrennten Bereiche gibt und ihnen daher auch kein ausreichender Schutz geboten werden kann.

borderline-europe hat daraufhin gemeinsam mit anderen lokalen Organisationen eine >> Beschwerde bei den Staatsanwaltschaften der Jugendgerichte von Palermo und Catania eingereicht und gefordert, dass zumindest die Minderjährigen sofort an Land gebracht werden.

Weiter hat im Dezember 2020 das Forum Antirazzista Palermo, dem auch borderline-europe und Borderline Sicilia angehören, ein >> Papier zur diskriminierenden und traumatisierenden Unterbringung auf den Schiffen veröffentlicht: „Die Problematik der Quarantäne-Schiffe für Migrant*innen: Analyse und Forderungen“.

Die Nutzung von Quarantäneschiffen zur gesundheitlichen Überwachung der auf See geretteten oder selbständig in Italien angekommenen Migrant*innen basiert auf einem Notstandssystem. Die Beschränkung der Bewegungsfreiheit und die Verletzung des Diskriminierungsverbots bilden die Grundlage, denn diese anderen Maßstäbe werden ausschließlich für Migrant*innen angewendet, die nach Italien kommen. Das Papier wurde von mehr als 150 italienischen und internationalen Organisationen, Wissenschaftler*innen und Expert*innen unterzeichnet.

Am 10. Dezember
2020 hielten wir eine
Pressekonferenz zu
unserer Kampagne gegen
die Quarantäneschiffe ab



DIE PROBLEMATIK DER QUARANTÄNE-SCHIFFE FÜR MIGRANT*INNEN: ANALYSE UND FORDERUNGEN

10 Dezember 2020



Kundgebung für die Freilassung
der Sea-Watch 3, September 2020
Foto: Forum Antirazzista Palermo

>>> Im **>> Monitoring-Projekt** Sizilien beobachten und dokumentieren wir seit nun mehr als neun Jahren zusammen mit Borderline Sicilia die Situation auf dem Zentralen Mittelmeer. Alles begann im Jahr 2011 zur Zeit der arabischen Revolutionen, in dem viele Menschen versuchten, über das Mittelmeer nach Europa zu fliehen. Über viele Jahre waren Vertreter*innen beider Vereine immer wieder auf Lampedusa zugegen und beobachteten die Ankünfte dort. Mit der Unterstützung der evangelischen Kirche im Rheinland können die Unkosten des Monitorings, welches durch Ehrenamtliche durchgeführt wird, getragen werden.

Das physische Monitoring der Zentren war in diesem Jahr der Pandemie schwierig und über lange Zeiträume nicht durchführbar. Wir haben jedoch nie damit aufgehört, die Geschehnisse zu beobachten und arbeiteten mehr denn je in einem großen Netzwerk von Kontakten, um so nah wie möglich am täglichen Leben der Menschen zu bleiben. **>> 36 Berichte** wurden trotz der schwierigen Lage durch die Pandemie auf der Homepage von Borderline Sicilia veröffentlicht und von Ehrenamtlichen ins Englische und ins Deutsche übersetzt. Die deutschen und englischen Texte finden sich auf unserer Homepage.

Im März 2019 hatte borderline-europe begonnen, einen Newsletter zur Situation im Zentralen Mittelmeer herauszugeben. Neben dem Streiflicht Italien und dem Corona-Update Italien bestand die **>> Central Mediterranean Info** aus einer reinen Linksammlung zu Themen rund um das Migrationsgeschehen in Libyen, Tunesien, Malta, Italien, auf See und an Land. Fünf Ausgaben erschienen im Jahr 2020, 14 waren es insgesamt. Der Info-Newsletter wurde im Juli 2020 eingestellt, soll aber im Jahr 2021 in einer neuen Aufmachung zu den Themen *Seenotrettung – Ankünfte – Pushbacks* wieder aufgelegt werden, denn seit sechs Jahren stellt borderline-europe bisher interne Informationen zu Ankünften über See von Geflüchteten in Italien und zu push- und pull-backs in nordafrikanische Länder zusammen.

Des Weiteren sind wir eng in **>> Netzwerke** eingebunden, die zu der Thematik arbeiten. Neben den bereits genannten treffen wir uns z.B. im Rahmen des sogenannten „cm-all“-Netzwerks (*Central Mediterranean*) regelmäßig mit Vertreter*innen der zivilen Seenotrettungsorganisationen, des Alarm Phones und der Seebrücke, um sich auszutauschen, Informationen zu teilen und ggf. gemeinsame Kampagnen zu planen (siehe der „Remote Control“ Bericht weiter oben).

EXTERNALISIERUNG DER EU-AUSSENGRENZEN

Die Europäische Union militarisiert und rüstet ihre Grenzen immer mehr auf. Zusätzlich erweist sie sich als treibender Motor, wenn es darum geht, Rechtsverletzungen über die eigenen Grenzen hinaus in Drittstaaten durchzusetzen bzw. dorthin „auszulagern“. Verträge und Abkommen mit Serbien, Montenegro, Tunesien, Libyen, der Türkei, Algerien, Marokko, dem Sudan, Ägypten und weiteren Herkunfts- und Transitländern sollen dazu dienen, Menschen schon vor Erreichen europäischen Territoriums von der Weiterreise abzuhalten. Durch diese Politik der Externalisierung wird die Festung Europa auf Drittstaaten ausgeweitet; nationalstaatliche und europäische Rechtsprechung sowie Menschenrechtsverpflichtungen so umgangen. Dem Prinzip nach „aus den Augen, aus dem Sinn“ sollen Menschenrechtsverletzung so dem Blick und der Kontrolle der europäischen Zivilgesellschaft entzogen werden.

Damit dieses Kalkül europäischer Regierungen nicht aufgeht, liegt ein weiterer Fokus unserer Arbeit darauf, auf die Rolle und Verantwortung der EU und ihrer Behörden außerhalb Europas und die damit verbundenen Auswirkungen auf migrierende Menschen aufmerksam zu machen und darüber aufzuklären.

Im Jahr 2020 organisierten wir zwei öffentliche Veranstaltungen zu zwei unterschiedlichen Regionen: Im Juni diskutierten auf der [>> Online-Podiumsdiskussion „Die Externalisierung der EU-Grenzen auf dem Balkan: Serbien und Bosnien und Herzegowina“](#) Milica Svabic, Rechtsanwältin und Aktivistin aus Serbien, und Erich Rathfelder, langjähriger taz-Korrespondent für die Balkan-Region, über die Situation speziell in Serbien und Bosnien und Herzegowina (BiH). Diskutiert wurden die Auswirkungen der Externalisierungs- und Exterritorialisierungspolitiken der EU auf Flüchtende, zivilgesellschaftliches Engagement und die Gesellschaften der Transitländer Serbien und BiH. Tausende Flüchtende befinden sich unter unmenschlichen Bedingungen im ständigen Limbo an den EU-Außengrenzen, haben keinen angemessenen Zugang zu internationalem Schutz und sind zudem wachsenden Ressentiments der Bevölkerung ausgesetzt. Die zum Teil exzessive Gewalt durch die Behörden an den EU-Außengrenzen gegenüber Schutzsuchenden wird mindestens



**Balkanroute -
Geflüchtete in
einem Squat**

geduldet, wenn nicht sogar forciert. Diese Situation am Beispiel der Länder Serbien und BiH genauer zu betrachten und zu analysieren war Schwerpunkt der Veranstaltung.

Im November 2020 folgte unsere inzwischen vierte [>> Konferenz zur Externalisierung der EU-Außengrenzen auf dem afrikanischen Kontinent "Wie IOM & EU-Gelder die unsichtbare Grenze in der Sahara sichern"](#), diesmal mit Fokus auf die Rolle der Internationalen Organisation für Migration (IOM). Anlass waren Berichte zum sogenannten „Freiwillige Rückkehr“-Programm der IOM, bei der Migrant*innen und Geflüchtete in Libyen angeblich freiwillig zurück in ihre Herkunftsländer gebracht werden. >>>

>>> Medico und Brot für die Welt etwa hatten die Studie [„Notfallrückführungen der IOM aus Libyen und Niger. Eine Schutzmaßnahme oder Ursache neuer Schutzbelange?“](#) veröffentlicht. Gemeinsam mit Jill Alpes, Wissenschaftlerin und Autorin genannter Studie, sowie dem Journalisten Giacomo Zandonini, der umfassend zum EU-Trustfund sowie push-backs und Abschiebungen in Afrika recherchiert hat, nahmen wir dieses Programm und die dahinterstehende Politik genauer unter die Lupe. Moderiert wurde die Diskussion von Journalist und Redakteur Usman Shehu.

Hintergrundinformationen und Rechercheergebnisse zu diesem Event sind auf der [>> digitalen Pinnwand "EU-Außergrenze Sahara: Bausteine einer unsichtbaren Mauer"](#) zusammengefasst.



Buskontrolle in Niger
Foto: Giacomo Zandonini

Usman Shehu, wohnhaft in Bonn, ist auch Geschäftsführer von Radio Kodee, einem Radioprojekt in Abuja, Nigeria, mit Korrespondent*innen in allen Sahel-Ländern. Gemeinsam mit Radio Kodee haben wir bei der Stiftung Nord-Süd-Brücken einen Antrag gestellt, die nun die Produktion eines neuen Formats finanziert, das wöchentlich die Menschenrechtsverletzungen entlang der Migrationsrouten thematisieren soll. Die Berichte werden auf der Sprache Fulfulde verfasst und zum Teil für uns ins Englische übersetzt.

Beide Konferenzen wurden aufgezeichnet und sind auf unserer Website zum Nachschauen verfügbar, ebenso wie die digitale Pinnwand.

Ein weiterer Teil unserer Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit zur Externalisierung der Grenzen war die [>> Online-Fotoausstellung „Eksternalizacija – an online photo exhibition about the Balkan route“](#), welche mit Fotos von der westlichen Balkanroute die Folgen der europäischen Migrationspolitik für die Menschen deutlich und sichtbar machen soll. Die Ausstellung kann auch weiterhin auf unserer Website virtuell besucht werden.

Im Nachgang unserer 3. Sahara-Externalisierungskonferenz im Jahr 2019 erschien im Frühjahr 2020 außerdem die [>> Publikation: "Die Sahara - Europas tödliche Außergrenze II"](#) mit einem Überblick über die jüngsten politischen Entwicklungen in der Region und Artikeln der Konferenzteilnehmer*innen wie etwa Aziz Chehou vom Alarm Phone Sahara Niger, Alassane Dirkou vom Alarm Phone Sahara Mali und den Journalist*innen Simone Schindwein und Sofian Philip Naceur.

Zusätzlich veröffentlichen wir [>> Berichte unserer Aktivist*innen zur Situation vor Ort](#), wie etwa [„Push-backs und Polizeigewalt gegen Flüchtenden in Serbien und Bosnien“](#), ["EUs externalisierte Grenzen: Push-backs nach Niger"](#) oder gemeinsam mit anderen Organisationen [>> Statements und offene Briefe](#) (z.B. ["Menschenrechtsverletzungen an den Grenzen Kroatiens müssen umgehend gestoppt werden"](#), ["Statement zur Externalisierungspolitik der EU in den Balkanstaaten"](#)).

Außerdem bauen wir unsere [>> Vernetzung und Kooperation mit Menschen, Aktivist*innen und Organisationen vor Ort](#) stetig weiter aus. So begannen wir 2020 eine Kooperation mit der serbischen Organisation [Klikaktiv](#), die wir u.a. beim Fundraising unterstützen. Klikaktiv bietet rechtliche und soziale Unterstützung für Asylsuchende und Geflüchtete in Serbien und dokumentiert push-backs und Polizeigewalt an den EU-Grenzen. Zu diesem Zweck arbeitet Klikaktiv in der Hauptstadt Belgrad, sowie in Sid (nahe der Grenze zu Kroatien) und Subotica (nahe der Grenze zu Ungarn).

Über das Institut für Auslandsbeziehung (ifa) wurde uns zudem eine Praktikantin aus Libyen vermittelt. Diese nahm regelmäßig an unseren Plena teil, bei



Die Sahara-Externalisierungskonferenz
in Corona-Zeiten, November 2020

>>> denen sie über die gegenwärtige Lage und Entwicklungen in Tobruk, einer Stadt im Osten Libyens, berichtete. Im Zuge ihres Praktikums unternahm sie eine Recherche zur Situation der Migrant*innen und Geflüchteten in Tobruk und Benghazi, insbesondere zu den Lagern, in denen diese eingesperrt, gefoltert und misshandelt werden, und dem Kreislauf von Verhaftungen, Gefängnisaufenthalt, Freikauf durch die*den ehemalige*n Arbeitgeber*in und Deportation im Falle von Krankheit. Diese wurde unter dem Titel [>> "Migrant*innen und Migration in Ostlibyen"](#) veröffentlicht.

Alle unsere Berichte, Statements und sonstige Veröffentlichungen sind auf unserer Website zu finden.



Balkan-Externalisierungskonferenz
in Zeiten Corona online, Juni 2020

LESBOS UND DIE ÄGÄIS

Auf den griechischen Hotspot-Inseln wird besonders deutlich, dass Leid und Gewalt längst akzeptierter Teil einer europäischen „Grenzsicherungs“-Praxis ist. Auf Lesbos ist Moria, das größte Flüchtlingslager Europas, nach 200 kleineren Bränden seit seines Bestehens 2016 im September 2020 gänzlich abgebrannt. Zu diesem Zeitpunkt lebten in dem ursprünglich für 3.000 gebauten Lager ca. 13.000 Menschen. Anstatt die Menschen von der Insel zu evakuieren, wurde binnen kürzester Zeit ein neues Lager errichtet, in welchem ca. 7.200 Menschen unter noch schlimmeren Bedingungen untergebracht sind. Das menschenunwürdige Chaos, das dort für Schutzsuchende herrscht, ist politisch gewollt. Mit diesem Wissen zu leben, und dennoch zu versuchen, konkret etwas vor Ort für die Menschen zum Positiven zu verändern, ist besonders auf Lesbos eine Herausforderung.

In diesem stetigen Zwiespalt und Widerspruch ist unsere Kollegin von [borderline-lesvos](#) unter anderem im Bereich Bildung und Teilhabe vor Ort aktiv. *„Selbstverständlich bin ich der festen Überzeugung, dass wir die Menschen, die hier an der Grenze zu Europa erheblichem Leid ausgesetzt sind, auf keinen Fall im Stich lassen können. Dennoch plagen mich manchmal Zweifel und Wut. Es wäre doch so einfach, Menschen ordentlich unterzubringen (...)“*, schreibt sie in der Einleitung des [borderline-lesvos](#) eigenen [Jahresrückblick 2020](#).

Bis auf die Monate April, Mai und November 2020, in denen Sozialarbeit mit Menschen sowie Sprachunterricht Corona-bedingt so gut wie unmöglich waren, arbeitete unsere Kollegin und ihr Team im [» Welcome Office](#) in der Hauptstadt von Lesbos, Mytilini. Dort werden Menschen bei Dingen wie dem Beantragen einer Steuernummer, der Registrierung vor Ort oder der Wohnungs- und Arbeitssuche unterstützt. Außerdem gibt es ein umfassendes und vielseitiges Kursprogramm für geflüchtete Kinder und Jugendliche, wie etwa Alphabetisierung, Griechisch-, Englisch-, Mathe oder Kunstunterricht.

Ab November war aufgrund des Corona-Lockdowns kein Unterricht für die Kinder möglich, aber die Beratungsarbeit lief weiter.



Die Zustände in Moria 2.0. sind katastrophal

Des Weiteren verfügt [borderline-lesvos](#) über eine alte Käsefabrik im Norden Lesbos, die als Lagerraum für Sachspenden genutzt wird. Früher konnten sich dort in beheizten Räumen Menschen direkt nach der Ankunft trocken, Kleider wechseln, heißen Tee trinken uvm. Aufgrund der zusätzlichen Corona-Restriktionen und da die direkte Hilfe politisch nicht mehr gewollt oder gar kriminalisiert wird, fungiert es seit April 2020 hauptsächlich als [» Verteilzentrum von u.a. Kleidung, Schuhen und Hygieneprodukten](#) für die Menschen, die im Norden ankommen und dort dann mindestens zwei Wochen in einem Quarantänecamp verbringen müssen. [borderline-lesvos](#) ist dort derzeit die einzige verbleibende zivile Organisation. Viel Zeit und Ressourcen wurden 2020 insbesondere auf die [» Unterstützung anderer Organisationen](#) aufgewandt, die 2020 besonders wichtig für die Geflüchteten waren. Wir haben etwa insbesondere Organisationen zur Rechtsberatung, nach dem Brand aber auch solche, die explizit Notfallhilfe leisteten (Verteilung von Essenspaketen, Notunterbringung in Wohnungen) bei der Mittelakquise unterstützt.

Einen ausführlichen Überblick gibt es auf der Website von [borderline-lesvos](#). [»»»](#)



Das Welcome Office
auf Lesbos in Action



Das Verteilzentrum
in der alten Käsefabrik
im Norden Lesbos



Protestkundgebung vor der
Industrie- und Handelskammer,
März 2020

>>> In stetigem Austausch mit unseren Kolleg*innen vor Ort versuchen wir hier in Deutschland unseren Teil dazu beizutragen, dass sich grundlegend und nachhaltig, ergo sich politisch etwas ändert. Als zu Beginn des Jahres die Situation an der türkisch-griechischen Grenze eskalierte, beteiligten wir uns an - damals noch möglichen - >> **öffentlichen Protestaktionen und Demos**, wie etwa Anfang März vor der Deutschen Industrie- und Handelskammer. Dort hatte sich wenige Tage nach der Gewalteskalation der griechische Premierminister Kyriakos Mitsotakis, der die Gewalt rechtfertigte, mit Bundeskanzlerin Angela Merkel getroffen, bei der er öffentliche Unterstützung fand.

Als es kurz darauf zu massiven Beschränkungen durch die Corona-Pandemie kam, organisierten wir Ende März eine >> **Mailbombing-Aktion** ("Exponential Growth of Solidarity"), gerichtet an die verantwortlichen Politiker*innen auf nationaler und europäischer Ebene, in der wie die sofortige Evakuierung der griechischen Lager forderten.



Um diese Forderung zu unterstreichen und den öffentlichen Druck aufrecht zu erhalten, sprachen wir mit Menschen auf Lesbos, Samos und in Thessaloniki über die Situation vor Ort und produzierten mit ihren Geschichten und Forderungen die >> **Podcastreihe "#RaisedVoices"**.

Vor diesem Hintergrund entstand auch die >> **Kampagne #LeaveNoOneBehind**, die wir gemeinsam mit vielen anderen Organisationen und Akteur*innen tragen. In diesem Zusammenhang erstellte eine Gruppe Aktivist*innen die >> **mobile Ausstellung "Warum #LeaveNoOneBehind?"**, welche anschaulich darlegt, was konkret hinter dem Hashtag bzw. der Kampagne steckt. Am Beispiel Morias wird dargelegt, wie die Lebensbedingungen für Geflüchtete und Migrant*innen in der Europäischen Union aussehen und welche politischen Entscheidungen und Absichten dem zugrunde liegen. Sie zeigt zudem Möglichkeiten auf, wie Menschen gegen diese menschenverachtende Politik aktiv werden können. Die Ausstellung wurde sowohl von uns als auch von zahlreichen weiteren Gruppen in Deutschland und der Schweiz gezeigt. Sie wird derzeit aktualisiert und kann im Anschluss wieder ausgiehen werden.

Wir veröffentlichten auch regelmäßig >> **Berichte und Analysen von vor Ort**, wie etwa nach dem verheerenden Großbrand Anfang September "Ashes of the Failure of European Humanism" oder "Moria 2.0. - The Intensification of Necropolitics and Dehumanization" von Salim Nabi.

Gemeinsam mit anderen, v.a. lokalen Gruppen unterstützen wir zudem die >> **Moria6**, die sechs Personen, die wegen angeblicher Brandstiftung verhaftet wurden und für die verfehlte europäische Politik als Sündenböcke herhalten sollen. Das entsprechende gemeinsame Statement "The EU and Greek state are guilty – Solidarity with the imprisoned after the fire in Moria!" ist auf unserer Website zu finden.

MENSCHENRECHTSTRIBUNAL - 45. SITZUNG DES PERMANENT PEOPLES' TRIBUNAL ZU DEN RECHTEN VON GEFLÜCHTETEN UND MIGRANT*INNEN

Als Grundlage für die Menschenwürde, für einen angemessenen Lebensstandard und in enger Verknüpfung mit weiteren sozialen Rechten, ist das Recht auf Gesundheit in zahlreichen internationalen wie nationalen Verträgen und Abkommen verankert. Die gegenwärtige Asyl- und Migrationspolitik Deutschlands sowie der EU und ihrer Mitgliedstaaten verwehrt dieses Recht Migrant*innen und Geflüchteten jedoch an zahlreichen Stellen.

Im Rahmen des Permanenten Völkertribunal (Permanent Peoples' Tribunal, PPT), das auf eine langjährige Geschichte seit den ersten Tribunalen gegen die Menschenrechtsverletzungen im Vietnamkrieg in den 70ern zurückblickt, organisierten wir als Teil eines zivilgesellschaftlichen Bündnisses dessen 45. Sitzung. Dieses zivile Menschenrechtstribunal prangerte die Menschenrechtsverletzungen gegenüber Migrant*innen und Geflüchteten in Europa öffentlich an. Unter dem Titel "Violations with Impunity of the Human Rights of Migrant and Refugee Peoples" wurde es vom 23 - 25. Oktober in Berlin, mit Live-Zuschaltungen u.a. aus dem Lager Moria auf Lesbos, abgehalten.

Thematisiert wurden u.a. der fehlende oder unzureichende Zugang zu medizinischer Versorgung für Menschen ohne Papiere, die Zustände in Sammelunterkünften und an den Außengrenzen, die Kriminalisierung von Unterstützer*innen, Abschiebungen und rassistische Polizeigewalt.

Die gesamte Veranstaltung wurde live gestreamt und kann auf unserer Website, neben einem ausführlichen [>> Bericht zu Inhalten und Redner*innen](#), nachträglich abgerufen werden.



Spenden und Mitmachen

Widerstand ist möglich! Aktiv handeln, jetzt!

Beteilige dich an Kampagnen und Aktionen oder rufe diese selbst ins Leben! Besuche und organisiere Informationsveranstaltungen! Werde durch Vorträge und Gespräche als Multiplikator*in tätig! Unterstütze Menschen, die neu ankommen, direkt und solidarisch! Mach bei uns mit! Auf unserer Webseite findest du Informationen über ehrenamtliche Mitarbeit und Praktikumsmöglichkeiten in unseren Büros in Berlin und Palermo. Wenn du selbst an deinem Ort eine Veranstaltung organisieren möchtest, stehen wir gerne als Referent*innen zur Verfügung.

Bleibt kritisch und aktiv!

borderline-europe – Menschenrechte ohne Grenzen e.V. gibt es inzwischen seit 14 Jahren. Darin stecken viel Energie und der starke Wille, eine kritische Stimme im öffentlichen sowie politischen Diskurs um Migration und Flucht zu vertreten. Indem wir die Situation an den Außengrenzen und innerhalb Europas verfolgen und anprangern, schaffen wir Transparenz und Öffentlichkeit für die migrationspolitischen Missstände der Europäischen Union. Unsere Arbeit ist sehr vielfältig und fordert eine Kontinuität unseres erfahrenen Teams. All unsere Aktivitäten werden durch Spenden finanziert und können nur so weitergeführt werden.

Unterstütze borderline-europe!

Mit eurer Unterstützung werden wir weiterhin gegen das Sterben an den Außengrenzen vorgehen! *Mit eurer Unterstützung* wird es weiterhin ein Monitoring und Projekte an den Außengrenzen des europäischen Grenzregimes geben, die die aktuellen Zustände sichtbar machen! *Mit eurer Unterstützung* werden wir weiterhin den notwendigen transnationalen Austausch mit anderen kritischen Initiativen und NGOs vorantreiben!

Unterstütze unsere Arbeit durch eine Spende oder werde Fördermitglied!

JEDE SPENDE HILFT!

borderline-europe e.V.
GLS Bank, Bochum
Konto-Nr 4005794100
BLZ 43060967
IBAN DE11 4306 0967 4005 7941 00
BIC GENODEM1GLS (Bochum)

Liste unserer Partner*innen und Netzwerke

Aegean Migrant Solidarity

<https://www.cpt.org/programs/lesvos>

Afrique Europe Interact

<https://afrique-europe-interact.net/>

Alarm Phone

<https://alarmphone.org/de/>

Alarm Phone Sahara

<https://alarmphonesahara.info/en/>

Alibi - Zentrum für Soziales und Kunst

<https://alibi-essen.de/>

Antirassistisches Forum in Palermo

<https://www.facebook.com/ForumAnti-razzistaPalermo>

Arbeitskreis Asyl, Göttingen

<https://papiere-fuer-alle.org/ak-asyl>

Asyl in Not

<https://www.asyl-in-not.org>

Bahnhof Langendreer

<https://bahnhof-langendreer.de/>

Bildungswerk der Heinrich-Böll-Stiftung

<https://www.bildungswerk-boell.de>

Borderline Sicilia

<https://www.borderlinesicilia.it/de/>

Bordermonitoring.eu

<https://bordermonitoring.eu/>

Can't evict solidarity

<https://cantevictsolidarity.noblogs.org/>

Corasol

<http://corasol.blogspot.de/>

Deportation Monitoring Aegean

<https://dm-aegean.bordermonitoring.eu/>

European Centre for Constitutional and Human Rights

<https://www.ecchr.eu/>

European Democratic Lawyers

<http://www.aeud.org/>

Equal Rights Beyond Borders

<https://equal-rights.org/>

Familienleben für alle!

<https://familienlebenfueralle.net/>

Flüchtlingsrat Berlin

<https://fluechtlingsrat-berlin.de/>

Gatroon Human Rights Centre

<https://www.facebook.com/gatroon.rights>

Grenzgänger e.V.

<http://grenzgaenger-berlin.de/berlin>

HuBB - Humans Before Borders

<https://www.instagram.com/humansbeforeborders/>

Initiative gegen das EU-Grenzregime

<http://wirsindwuetend.blogspot.eu/>

IPPNW

<https://www.ippnw.de/startseite.html>

Iuventa10 / Solidarity at Sea

<https://iuventa10.org/>

Sea-Watch

<https://sea-watch.org/>

Klikaktiv

<https://klikaktiv.org/>

Kritnet

La Kasbah

<https://lakasbah.org/category/news/>

Legal Centre Lesvos

<https://legalcentresvos.org/>

Mare Liberum

<http://www.mare-liberum.org/>

Mediterranea

<https://mediterraneaescue.org/>

Migration Policy Group

<https://www.migpolgroup.com/>

Migreurop

www.migreurop.org/

No Nation Truck

<https://nonationtruck.org/>

Phia e.V.

<https://phia-ev.jimdofree.com/>

Rosa-Luxemburg-Stiftung

<https://www.rosalux.de/>

SAROBMED

<https://sarobmed.org/>

Sea-Watch

<https://sea-watch.org/>

Seebrücke

<https://seebruecke.org/>

Solidarity Cities

<https://solidaritycities.eu/>

SOS Méditerranée

<https://sosmediterranee.de/>

Stop Deportation Group Berlin

<https://www.facebook.com/stopdeportationgroup/>

Subjective Values Foundation

<https://szubjektiv.org/>

Unteilbar

<https://www.unteilbar.org/>

We are a welcoming Europe

<https://www.facebook.com/WelcomingEurope/>

Welcome United

<https://www.welcome-united.org/>

Women in Exile

<https://www.women-in-exile.net/>

Impressum und Kontakt

borderline-europe

Jahresbericht 2020

von Julia Winkler

1. Auflage, März 2021

Bildrechte

borderline-europe, Creative Commons BY-NC-ND 4.0
(falls nicht anders gekennzeichnet)

Gestaltung

Juliana Maurer

Druck

Pinguin Druck Berlin

Kontakt

Hauptsitz Berlin

Gneisenastr. 2a, 10961 Berlin

M +49 (0)30 23880311

mail@borderline-europe.de

Italien, Außenstelle:

Sizilien/Palermo

Judith Gleitze

M +39 340 980 21 96

jg@borderline-europe.de

borderline-lesvos

Griechenland, Lesbos/Mytilini

Alice Kleinschmidt

M +30 698 872 49 82

protistassi@borderline-europe.de

Vorstand

Andrea Staeritz

Sara Bellezza

Harald Glöde

Spendenkonto

GLS Bank, Bochum

Kto.-Nr.: 400 579 4100

BLZ: 430 609 67

www.borderline-europe.de

Twitter  BorderlineEurop

Facebook  borderlineeurope

Instagram  borderline_europe

Eingetragen im Vereinsregister
beim Amtsgericht Berlin

www.borderline-europe.de

